Thorner Zeitung



Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4.02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 56 — Freitag, 7. März — 1919

Besprechungen mit der interalliierten Kommission in Bromberg.

Bromberg, 6. März (Dr.) Die deutschen Delegierten, die von der Regierung beauftragt worden sind, mit der interalliierten Kommission zu verhandeln hatten heute vormittag auf der Regierung eine Besprechung, in der auch die Wünsche der hiesigen Bevölkerung entgegengenommen wurden. Wegen der schlechten Bahnverbindung sollten die Verhandlungen in Posen geführt werden, wogegen die deutschen Vertreter energisch Protest eingelegt haben.

Von der deutsch-polnischen Front.

Bromberg, 6. März. (Dr.) Gestern 11 Uhr vormittags belegte feindliche Infanterie das Gebäude nördlich der Schleuse 11 mit Infanteriefeuer. Im übrigen Ruhe.

Von der deutschen Waffenstillstandskommission.

Berlin, 5. März. In der Sitzung der Waffenstillstandskommission in **Spaa** vom 4. März überreichte der deutsche Vorsitzende zunächst eine Note, in welcher die Oberschlesien durch die Tschechen und Polen drohenden Gefahren geschildert werden und dringend ersucht wird, die alliierten Offiziere in Warschau und Prag anzuweisen, die polnisch tschechischen Angriffspläne gegen deutsches Gebiet zu verhindern. Schließlich legte der deutsche Vorsitzende in einer dritten Note dar, daß durch das Verbot der Küstenschiffahrt in der Ostsee verschiedene ost- und westpreußische Städte der schlimmsten Not ausgesetzt werden, und ersuchte, die Küstenschiffahrt in der Ostsee für die erwähnten Transporte freizugeben.

Berlin, 5. März. Aus dem Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 4. März. General **Nudant** teilte mit, die japanische Regierung beabsichtige demnächst eine aus mehreren Beamten und Offizieren bestehende Mission nach Deutschland zu entsenden, der die Aufgabe zufallen solle, den Abtransport der japanischen Kriegsgefangenen aus Deutschland zu überwachen und sich über die innere Lage Deutschlands zu unterrichten. Nudant bat, diese japanische Mission in jeder Weise zu unterstützen.

Der Vertreter der deutschen Regierung überreichte mehrere Noten, in denen für bestimmte Fälle die Freigabe des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet Deutschlands verlangt wird und auf die Nachteile, namentlich aber auf die Arbeitslosigkeit hingewiesen wird, die durch die Verkehrssperre entstehen.

Vom Berliner Pressestreik.

Berlin, 6. März. (Dr.) Heute ist in Berlin keine Morgenzeitung erschienen, da gestern überall Setzer und Drucker in den Ausstand traten.

Der Ausstand in Bremen beigelegt.

Bremen, 5. März. Der Generalstreik kann als beendigt angesehen werden. Dadurch sieht der 21er-Ausschuß die Forderungen der Arbeiterschaft als erfüllt an und fordert demgemäß die Streikenden auf, am Donnerstag früh in allen Betrieben die Arbeit wieder aufzunehmen.

Aus der deutsch-österreichischen Nationalversammlung.

Wien, 5. März. Die konstituierende Nationalversammlung, welcher auch der aus Berlin zurückgekehrte Staatssekretär Dr. **Bauer** beiwohnte, wählte den Sozialdemokraten **Seitz** zum Präsidenten und den Christlichsozialen **Hauser** zum 2. Präsidenten. Die Wahl des 3. Präsidenten wurde verschoben. Präsident Seitz gedachte in seiner Ansprache unter lebhaftem Beifall des ganzen Hauses der Millionen Brüder in Deutschböhmen, im Sudetenland und Deutsch-Südtirol. Staatssekretär Renner begründete die Vorlage über die Staatsform und über besetztes Staatsgebiet. Redner richtete dabei einen Appell an die Demokratien des Westens, das Unrecht, das an den besetzten Gebieten geschehe, nicht zuzulassen und nicht zu dulden, daß 4 Millionen Deutschösterreicher wie Schachfiguren mit freier Hand oder gewaltsam wie Opfertiere unter eine andere Staatlichkeit geschoben werden.

Rätesystem und Reichsverfassung.

Buchstäblich über Nacht hat das Deutsche Reich eine sozialistische Haube aufgestülpt erhalten. Was Regierung und die Vertreter der Berliner Mehrheitssozialisten in Weimar am 5. März beschlossen haben, kann von außerordentlicher Bedeutung für unsere wirtschaftliche und politische Entwicklung werden. Zunächst soll das Rätesystem Ankergrund in der Verfassung finden, wenn auch nur mit der Einschränkung wirtschaftlicher Interessenvertretung. Es ist indessen heute schon klar, daß sich diese Scheidung nur schwer oder garnicht treffen läßt. Davon abgesehen, sind gegen das Rätesystem an sich grundsätzliche Bedenken zu erheben, weil es Gefahren in sich birgt, die für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben verhängnisvoll werden können. An sich läßt sich sehr einfach anordnen, daß in allen Betrieben die Arbeiter und Angestellten Räte wählen, deren Aufgabe darin besteht, bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse, sowie bei der Aufsicht über die Erzeugung und Warenverteilung mitzuwirken. Soweit es sich um Betriebe handelt, die wirtschaftlich gesichert sind, können die Räte ohne Schaden für das Unternehmen ihre Tätigkeit ausüben. Anders liegen die Dinge, wenn Betriebe in Betracht kommen, die schwer zu kämpfen haben, die im Wettbewerb sich nur mühsam behaupten. Oder um junge Unternehmen die sich den Markt erst erobern müssen. Hier trägt der Inhaber die ganze Verantwortung, die ihm kaum ein Betriebsrat abzunehmen geneigt sein wird. Im Gegenteil, wenn die Räte Einsicht in die Geschäftsbücher gewinnen und dadurch feststellen, daß die finanzielle und wirtschaftliche Grundlage schwankt, dann ist vielfach damit zu rechnen, daß die so gewonnenen Kenntnisse die Arbeiter veranlassen, sich nach weniger gefährdeten Betrieben umzusehen. In normalen Verhältnissen konnte es der Tatkraft der Unternehmer wohl gelingen, über Schwierigkeiten hinwegzusteuern, so lange er wirklich unbeeinflußt Herr seiner Entschließungen ist. Es muß abgewartet werden, ob der Entwurf des Rätegesetzes Bestimmungen enthält, die die Arbeiter und Angestellten verpflichten, nicht nur am Gewinn, sondern auch am Verlust der Betriebe teilzunehmen. Offenbar hängen die Verteidiger des Rätesystems noch immer in den Vorstellungen, die die gründlich verfehlte Kriegswirtschaft mit ihren einseitigen Gewinnen und Uebeschüssen erzeugt hat. Sobald wir in die Friedenswirtschaft eintreten, werden sich die früher hundertfältig gemachten Erfahrungen wiederholen, daß ein erheblicher Teil der Unternehmer sich nur mit Mühe und Not über Wasser hält. Es ist gar nicht vereinzelt, sondern sehr oft vorgekommen, daß Angestellte höhere Gehälter bezogen, als die Gewinne der Inhaber ausmachten. Und das wird sich auch in Zukunft wiederholen, wenn der Kampf um das Absatzgebiet einsetzt, wenn das Angebot von Waren wieder allgemein größer wird, als es die Nachfrage sein kann.

Die Regierung hat sich von diesen Erwägungen nicht bestimmen lassen. Sie wird Ernst machen mit der Sozialisierung, die immer noch als die wesentliche Errungenschaft der November-Revolution bezeichnet wird. Es steht aber noch keineswegs fest, daß das Entgegenkommen der Regierung den Generalstreik zusammenbrechen läßt. Tatsache ist, daß der Streikwille der überwältigenden Mehrheit der Berliner Arbeiter nicht groß ist. Beispielsweise haben die Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn sowie der Straßenbahnen ihre Bereitwilligkeit erklärt, den Betrieb sofort wieder aufzunehmen. Tatsache ist aber auch, daß die „unabhängigen" Führer der Streikbewegung versuchen, diese in Fluß zu halten, selbst um den Preis, daß die letzten Dämme wegbrechen. Sie handeln dabei aus eigennützigen Gründen. Denn kommt es über ihren Köpfen zur Einigung, kehrt die Masse der Arbeiter in die Betriebe zurück, dann ist es um den Einfluß dieser Führer geschehen. Das wollen sie nun mit allen Mitteln verhüten, weshalb sie weitere Gruppen in den Streik zu drängen suchen. Die Gefahr ist also noch immer groß. Mit dem Entgegenkommen der Regierung in Sachen des Rätesystems hätten sich die Arbeiter wohl zufrieden geben können. Sozialwirtschaft werden sie auf die Dauer niemals mehr erreichen. Aber die Männer, die die Streikleitung an sich gerissen haben, wollen ihre politischen Ziele erzwingen, das heißt, die Nationalversammlung unmittelbar aufheben, um, auf die mehr oder weniger wild gewählten Räte gestützt, ihre Diktaten aufzurichten. Mit dem Rätesystem, wie es die Regierung plant, erhielten ja die Arbeiter wirklich die Macht in den Betrieben. Die Unternehmer wären ihnen praktisch untergeordnet, zumal in den Räten der demokratische Grundsatz des Mehrheitswillens herrschen soll. Da das Rätesystem nach den Absichten der Regierung im Zentralrat gipfelt, erhalten die Arbeiter ein Nebenparlamnnt, von dem aus sie die gesamte Gesetzgebung entscheidend beeinflußen können. Daß diese Einrichtung zu Unzulänglichkeiten und Reibungen führen muß, läßt sich heute schon voraussagen. Die üble Erfahrung in Politik und Wirschaft wird dann die Wandlung bringen, nicht ohne daß wir zu teures Lehrgeld bezahlt haben.

Verankerung der A.- und S.-Räte in der Verfassung?

Weimar, 5. März. (Dr.) Wie wir von zuverlässiger Seite hören, haben die bis in die späten Abendstunden andauernden Einigungsverhandlungen zwischen den Vertretern der Berliner Mehrheitssozialisten und dem Kabinett einen befriedigenden Verlauf genommen. Die Arbeiterabordnung ist noch in der Nacht nach Berlin zurückgekehrt, um die Vorschläge der Regierung den streikenden Arbeitern zur Genehmigung vorzulegen. Wie verlautet, sollen sich die Vorschläge in der Richtung einer Verankerung der A.- und S.-Räte in der Verfassung bewegen.

Das Sozialisierungsgesetz.

Weimar, 5. März. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat ein Gesetz beschlossen, das nach Zustimmung des Staatenausschusses hiermit verkündigt wird:

Nach § 1 dieses Gesetzes hat jeder Deutsche die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit fordert.

Nach § 2 sollen die für die Vergesellschaftung geeigneten wirtschaftlichenUnternehmungen, insbesondere die Gewinnung der Bodenschätze und die Ausnutzung von Naturkräften der Gemeinwirtschaft übergeführt werden.

Nach § 3 werden die Aufgaben der durch Reichsgesetz geregelten Gemeinwirtschaft deren wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern übertragen.

Nach § 4 wird in Ausübung der in § 2 vorgesehenen Befugnis ungesäumt durch besondere Reichsgesetze, die Ausnutzung von Brennstoffen, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus diesen stammenden Energie nach gemeinwirtschaftlichenGesichtspunkten geregelt.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Uebergangs- und Notgesetze.

Weimar, 5. März. In der am 4. 3. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern **Preuß** und des Reichswirtschaftsministers **Wissel** abgehaltenen Sitzung des Staatenausschusses wurde dem von der Nationalversammlung angenommenen Entwurf eines Uebergangsgesetzes, eines Notgesetzes über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr und eines Gesetzes zur Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen zugestimmt.

Straßenkämpfe in Berlin.

Berlin, 5. März. Ueber die Ereignisse des heutigen Tages erfahren wir u. a.:

Heute früh 7 Uhr fielen einzelne Schüsse aus dem Grand Hotel an der Ecke der Neuen Königstraße. Die Ansammlungen auf dem Alexanderplatz nahmen im Laufe des Vormittags immer mehr zu, sodaß der Platz zweimal von den Regierungstruppen geräumt werden mußte. Die Menge wurde aber trotzdem immer zudringlicher und eröffnete gegen 12.45 Uhr aus den anliegenden Häusern zunächst vereinzeltes, dann immer stärker werdendes Feuer auf die im Polizeipräsidium befindlichen Regierungstruppen. Diese erwiderten das Feuer, das gegen 3 Uhr verstummte. Eine Viertelstunde später versuchten etwa 80 Zivilisten und Matrosen das Dienstgebäude in der Magazinstraße zu stürmen, wo die zur Besatzung des Polizeipräsidiums gehörige Artillerie untergebracht ist. Der Angriff wurde nach einstündigem Kampf durch Regierungstruppen und Schutzleute abgewiesen. Die Angreifer hatten einen Toten, die Verteidiger keine Verluste.

Die Ausschreitungen in Berlin.

Berlin, 5. März. (Dr.) Bei dem Einzuge der Truppen zum Schutze des Polizeipräsidiums gestern mittag versuchte eine tausendköpfige Menge auf dem Alexanderplatz die Truppen zurückzuhalten. Diese mußten schließlich von der Schußwaffe Gebrauch machen. 3 Personen wurden getötet. Das Polizeipräsidium erhielt abends weiteren Schutz durch Regierungstruppen und eine Feldartillerieabteilung. Ein Versuch, in die Alexanderkaserne einzudringen, konnte unter schweren Verlusten des Gesindels abgeschlagen werden. In der Kaiser-Wilhelm- und Münzstraße sowie am Bülowplatz waren zahlreiche Barrikaden errichtet worden. Spartakisten versuchten unter allen erdenklichen Verkleidungen in das Polizeipräsidium einzudringen und die Besatzung zur Uebergabe des Gebäudes zu veranlassen. Heute morgen sind weitere zahlreiche Truppen eingetroffen und halten den ganzen inneren Stadtteil besetzt. Schwere Tanks fuhren heute früh nach der Münzstraße, um die Gegend von dem zahlreichen Gesindel zu befreien. Trotz allen Warnungen der Kommandantur sammeln sich immer wieder große Mengen von verbrecherischen Elementen auf dem Alexanderplatz an. Da bis 11 Uhr vormittags die Ansammlungen und Zusammenrottungen trotz des Belagerungszustandes zunahmen, mußte der Platz mit Waffengewalt geräumt werden. Auffallend ist, daß sich unter der Masse zahlreiche Frauen und Kinder befinden.

Berlin, 5. März. (Dr.) Im Laufe der letzten zwei Tage sind durch Plünderer und Räuber überall schwere Ausschreitungen begangen worden, die sich vor allem gegen die Gold- und Schmuckwarengeschäfte richteten. Aus der Fülle von Anzeigen, die bei dem Polizeipräsidium einliefen, ging heute hervor, duß das geraubte Gut sich auf viele Millionen Mark belauft. Besonders im Norden und Osten der Stadt bis zum Zentrum herunter sind zahlreiche Geschäfte ausgeplündert worden.

Berlin, 5. März. (Dr.) Die „Deutsche Tageszeitung" meldet: In **Tempelhof** kam es gestern nachmittag zwischen einer Division **Gerstenberg** und der auf dem Güterbahnhof stationierten Wache der republikanischen Soldatenwehr zu einem Zwischenfall. Ein Posten der Soldatenwehr wurde von den Regierungstruppen entwaffnet. Als der Sprecher der Soldatenwehr daraufhin von dem Kommandanten der Regierungstruppen in ziemlich grober Weise Rechenschaft für den entwaffneten Posten forderte, ließ der Major die Leute der Soldatenwehr umstellen und zum Niederlegen der Waffen auffordern. Ein Teil kam dem Befehl nach. Weiter entfernt stehende Leute eröffneten plötzlich mit einem Maschinengewehr das Feuer auf die Regierungstruppen.

Nach einem Feuergefecht von etwa 10 Minuten war es den Regierungstruppen gelungen, die Soldatenwehr zu entwaffnen.

Geheime Abstimmung bei Streikerklärungen.

Berlin, 5. März. (Dr.) Wie der „Vorwärts“ berichtet, wurde in einer Versammlung der auf dem Boden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehenden Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte bei der Erörterung über den Streik von den Referenten u. a. ausgeführt:

Wenn in einem Teile der Betriebe die Arbeit ruht, ist in den meisten Fällen die Entscheidung über den Streik nicht durch geheime Abstimmung erfolgt. In anderen Betrieben haben die geheimen Abstimmungen ergeben, daß eine starke Mehrheit sich gegen den Streik erklärte. Zum Beispiel wurden in etwa 80 Betrieben mit geheimer Abstimmung nur 7908 für und 20 720 Stimmen gegen den Streik abgegeben. Die Nichtstreikenden für Streikbrecher hinzustellen sei durchaus unberechtigt, da es sich um einen politischen Streik handle. Wo die Abstimmung eine Mehrheit gegen den Streik ergeben hat, soll gearbeitet werden.

Die Mehrheitssozialisten Berlins gegen den Streik.

Berlin, 5. März. Die mehrheitssozialistischen Betriebsräte Groß-Berlins haben heute in einer Versammlung folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die am 5. März tagende Konferenz der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der sozialdemokratischen Partei Groß Berlins stellen fest, daß der Streik gegen den Willen der sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertreter im Arbeiterrat in einer durch Kommunisten und Unabhängige beherrschten Versammlung der Arbeiterräte eingeleitet worden ist. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung kann die Konferenz eine weitere Fortsetzung des Streikes nicht unterstützen, wenn auch die Kommission des Vollzugsrates mindestens dieselben Zugeständnisse der Regierung einbringt. Die Konferenz erklärt weiter, daß auf diejenigen Betriebe, die durch geheime Urabstimmung die Teilnahme am Generalstreik ablehnen, kein Streikzwang ausgeübt werden dürfe.

Deutschlands Nahrungssorgen.

Weimar, 5. März. Der Nationalversammlung ist folgende Interpellation der Mehrheitsparteien zugegangen: Die in Deutschland greifbaren Erntevorräte reichen nicht aus, das deutsche Volk bis zur Einbringung der diesjährigen Ernte zu ernähren. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen?

Der deutsche Volksrat zu Lissa gegen die polnischen Forderungen.

Lissa, 5. März. Nach einer Mitteilung des Deutschen Volksrates Lissa haben die vereinigten Deutschen Volksräte Westposens an die Reichsregierung sich gegen die polnischen Bestrebungen gewandt, nach denen Polen in seinen Grenzen von 1772 wiederhergestellt und demnach die Provinz Posen dem Deutschen Reiche verloren gehen würde. Wo bleibt, so heißt es in dem Protest, die Erfüllung der Wilsonschen Bedingungen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker verbürgt. Sollen auch diese etwa von Paris diktiert werden unter Vergewaltigung der überwiegend deutschen Teile der Provinz Posen? Das ist Willkür und nicht Recht und Gerechtigkeit.

Aus dem bayerischen Rätekongreß.

München, 5. März. In der heutigen Nachmittagssitzung des Rätekongresses wurde ein Dringlichkeitsantrag Dr. Löwenfeld mit großer Mehrheit angenommen, demzufolge die Vertreter aus den Reihen der Mehrheitspartei und der unabhängigen Sozialdemokraten sich erneut mit dem am 12. Januar in dem bayerischen Landtag gewählten Abgeordneten der Mehrheitspartei zusammenfinden sollen, um eine Einigung anzustreben. Die Verhandlungen werden am Freitag beginnen.

Von den Kämpfen gegen die Bolschewisten

Libau, 5. März. (Dr.) Die Pressestelle Libau meldet: Am 4. März haben sich auch Kämpfe bei Nurajewo, bei Essern und östlich von Neuhof entwickelt. Die Kämpfe des 3. März hatten den Erfolg, daß Tyrkschle und Pamplen von Reichsdeutschen, das Vorwerk Neuhof von lettischen Truppen genommen wurde, während gleichzeitig andere lettische Truppen den feindlichen Angriff auf Schrunden abwiesen. Die Verluste des Feindes betrugen 55 Tote und 9 Gefangene, die eigenen Verluste 1 Offizier tot, ein Mann leicht verwundet. Erbeutet wurden zwei Geschütze, 2 Munitionswagen mit Bespannung, 4 schwere Maschinengewehre, 2 Feldküchen und 5 Gerätewagen.

Die deutsche Nationalversammlung in Weimar.

Weimar, den 4. März. (Schluß des Sitzungsberichtes). Nach dem unabhängigen Sozialdemokraten Henke ergriff Abg. Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei) das Wort: Der Vorredner hat die Verfassungsfrage nur als Falle benutzt zur Glorifizierung derjenigen Bewegung, an der seine Freunde in der Hauptsache mitbeteiligt sind (Sehr richtig!), er erstrebt eigentlich den vollkommen verfassungslosen Zustand. In Konsequenz seiner Rede müßte er mit seinen Freunden sein Mandat zur Nationalversammlung niederlegen. Gegenüber dem, was seinerzeit die Freunde des Vorredners in Bremen verübt haben, sticht das Vorgehen der Regierung in Berlin sehr vorteilhaft ab, denn dort erscheinen die Blätter der Unabhängigen und der Spartakisten ungehindert weiter, während man in Bremen bürgerliche Zeitungen gezwungen hat, ihren Lesern spartakistische Artikel vorzusetzen. (Sehr richtig!) Das Problem Preußen-Deutschland zieht sich als Kernpunkt durch alle unsere Verhandlungen. Gewiß war Preußen politisch rückständig, und man hätte sein Wahlrecht längst vor dem Kriege ändern müssen. (Sehr richtig! links). Aber wahr bleibt doch, daß Preußen das meiste für die Reichsbildung getan hat. Der beabsichtigte Anschluß von Deutsch-Oesterreich ist ein Lichtblick in trüber Zeit. Wir sehen heute in unserm Volk eine Lustseuche, die geradezu niederdrückend und schamvoll ist. Wir waren ein Volk der Arbeit, möchten wir es wieder werden und über unserer Zukunft die Worte stehen: Arbeiten und nicht verzweifeln!

Minister Dr. David: Ich habe aus der Debatte den Eindruck gewonnen, als ob man über der Kritik das Große, Gute und Wertvolle dieser neuen Verfassung vergißt. Die darin festgelegte republikanische Staatsform ist doch keine Kleinigkeit. Die Hohenzollern hatten vielleicht im Osten Preußens eine starke Anhängerschaft, im Westen schon weniger, und im übrigen Deutschland möchte ich den sehen, der die Volksabstimmung für die Wiedereinsetzung der Hohenzollern gewinnt. Wir haben die demokratische Republik, und unser Wahlrecht ist demokratischer als in irgend einem anderen Lande. Früher hatten wir für die sehr wichtigen Landes- und Gemeindeparlamente kein demokratisches Wahlrecht, vor allem nicht in Preußen mit seinem alten Schandwahlrecht. Der Reichstag war aber nur ein Scheinparlament. Reden konnte man dort, aber zu sagen hatte der Reichstag nichts. Der Bundesrat war eine Geheimkammer zur Vertretung dynastischer Interessen. Er behandelte die Reichstagsbeschlüsse mit einer Nichtachtung, die sich kein anderes Parlament hätte gefallen lassen. In Preußen hatte ein militärautokratisches System die letzte Entscheidung auch in politischen Fragen. Ich freue mich, daß in der Nationalversammlung im Großen und Ganzen ein Zug zu einer möglichst starken Vereinheitlichung nnd Zentralgewalt des Reiches zum Ausdruck gekommen ist. Neben der politischen muß auch die wirtschaftliche Demokratie ihren Einzug halten, jeder Arbeitende in deutschen Landen muß auch seine menschenwürdige Existenz finden. Hier betreten wir Neuland, denn wir haben kein Vorbild. So wenig das Christentum etwas taugt, das aus Kanonenschlünden befriedigt wird, so wenig taugt der Sozialismus, der den Menschen mit Maschinengewehren aufgezwungen werden soll. Diesen Sozialismus nennt man mit Recht den Sozialismus Asiaticus. Hier hat das deutsche Volk eine Weltmission zu erfüllen, deren Lösung uns ungeheuer erschwert wird durch die Vorgänge draußen, die auf das Schuldkonto des Herrn Henke und seiner Freunde zu setzen sind.

Nunmehr wird die Verfassungsvorlage einem Ausschuß von 28 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag 3.30 Uhr. (Interpellation Arnstadt betr. die Zustände in der Provinz Posen.)

Schluß 6 Uhr 10 Min.

(Funkentelegraphischer W. T. B.-Bericht der Reichsfunkbetrieb-Verwaltung in Berlin über die Nationalversammlung in Weimar übermittelt durch die Funkenstation in Thorn.)

Weimar, 5. März. Eingegangen ist der Entwurf des Sozialisierungsgesetzes und der Entwurf betreffend die Kohlenwirtschaft. Die deutschnationale Interpellation, betreffend den Wiederaufban der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe, wird abgesetzt, nachdem Ministerpräsident Scheidemann erklärt hatte, die Regierung werde später antworten. Es folgt die deutschnationale Interpellation betreffend die Zustände in der Provinz Posen.

Frau Abgeordnete Doktor Schirmacher (deutschnational): Die Begründung der Interpellation liegt in der Not und Gefahr der Ostmarken. Diese Not der Ostmarken ist sogar noch größer als in den Westmarken. Denn in den Ostmarken ist heute noch Krieg. Die Polen stellen trotz des Waffenstillstandes vom 17. Februar die Feindseligkeiten nicht ein. Dieses Abkommen des Waffenstillstandes zog eine Demarkationslinie auf deutschem Boden, die wir als Schmach empfinden. Die Linie ist schlecht gezogen, denn sie bezog in deutscher Hand befindliche Ortschaften ein, wird aber außerdem von den Polen nicht einmal geachtet. Nach dem Wortlaut des Abkommens sind die deutschen Truppen verpflichtet, die Offensivbewegung gegen Polen einzustellen, für die Polen besteht eine solche Bindung nicht. Die Deutschen sind dadurch in der Abwehr beschränkt, den Polen aber ist der Angriff nicht verwehrt. Unser Volk litt dadurch schwer. Ich spreche da nicht für die Partei, sondern für das ganze Volk – das Volk will verteidigt sein. Auf der ganzen Demarkationslinie ist die deutsche Bevölkerung in Angst und Not. Zehntausende flüchteten aus dem Kampfgebiet und mußten die ganze Habe zurücklassen, um zu Verwandten, Freunden aber auch Fremden zu fliehen. Sie können sich ausmalen, was das bei der herrschenden Wohnungsnot und Nahrungsnot bedeutet. Qualvolle Nächte erleben unsere Volksgenossen in diesen Gebieten, wo tagtäglich geschossen wird. Doch sind diese Deutschen noch beneidenswert, denn sie sind noch unter deutschem Schutz. Was es aber bedeutet, jenseits der Demarkationslinie unter polnischer Herrschaft zu leben, ersehen wir aus zahlreichen Notschreien, die uns zugehen. In den von Polen besetzten Gebieten besteht keine deutsche Verwaltung mehr, die deutschen Hoheitszeichen sind entfernt, deutsche Straßennamen und Wegweiser werden polnisch gemacht und dann beginnt jetzt die Rückwanderung der im Westen befindlichen polnischen Bevölkerung, die vor dem Kriege auf ungefähr 200 000 geschätzt wurde. Diese Leute kehren jetzt in die Ostmark zurück, um das polnische Element zu verstärken und bei der Abstimmung beweisen zu können, wie stark polnisch Posen ist!

Die Beantwortung der Interpellation hatte Reichsminister Erzberger übernommen. Von seiner Führereigenschaft in der Waffenstillstandskommission konnte man besondere Eröffnungen erwarten, doch nichts war zu hören von dem, was die Sachwalter des Polentums nun auch zu halten sich für verpflichtet erachten. Sie ließen durch General Dupont etliches versprechen, dabei ist es auch geblieben. Wir müssen uns an dem bescheidenen Trost genügen lassen, daß die fortgesetzten Uebergriffe der Polen der interalliierten Kommission zwecks Eingreifens zur Kenntnis gebracht werden sollen. Hoffen kann die deutsche Ostmark in ihrem schweren Leid einzig auf ihre wehrfähige Jugend, daß sie die mißhandelte Heimat mit aller Kraft verteidige.

Stadttheater.

Der Hauch im All. Tragödie in drei Akten von Walter von Molo. — Im Rahmen eines literarischen Abends zu Gunsten des Herrn Oberspielleiters Wiesner wurde gestern dieses Stück gegeben, dessen Aufführung von dem löblichen Bestreben zeugt, auch den Theaterfreunden entgegenzukommen, die ThaliasTempel nicht allein zu dem Zweck aufsuchen, sich irgendeinen Ulk vorgaukeln zu lassen. Ein ausverkauftes Haus lohnte die gute Absicht. Auf die von Herrn Direktor Haßkerl gegebene einführende Erläuterung des Stückes hätte ich für meinen Teil lieber verzichtet, da sie doch der Auffassung des Zuschauers vorgreift. Anderen mag sie schon deshalb willkommen gewesen sein, weil von dem ohnehin schwer verständlichen Zusammenhang der Handlung manches noch durch das Husten im Zuschauerraum verloren ging. Soviel blieb jedenfalls davon übrig, daß man dem Verlauf der Ereignisse ungefähr mit der Spannung folgte, mit der man einen aufregenden Roman zu Ende liest. Tatsächlich scheint sich das Stück mit seiner Fülle von Thesen und Antithesen, seinen Spitzfindigkeiten und psychiatrischen Abschweifungen besser zum Lesen zu eignen als für die Bühne. Dieses Gefühl überwiegt ganz besonders in der breit ausgesponnenen Gerichtsszene des zweiten Aktes, in der die einzige Handlung, wenn man überhaupt von einer solchen sprechen darf, in dem Zusammenbruch des Angeklagten unter der Wucht seiner Selbstbeschuldigung besteht. Das wäre aber noch nicht das Schlimmste. Die Ursache dafür, daß das Stück trotz den aufregenden seelischen Erlebnissen, die es uns schildert, keinen warmen Anteil an den Trägern dieser Erlebnisse zu erregen vermag, liegt, vor allem darin, daß sich die Erörterung der knifflichen Fragen auf einem Gebiete bewegt, das durch den Paragraph 51 des deutschen Strafgesetzbuches bezeichnet ist. Dort wird die Strafbarkeit einer Handlung als nicht vorhanden bezeichnet, wenn sich der Täter „in einem Zustande von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit befand, durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war.“ Der Verteidiger eines Angeklagten wird sich, wenn möglich, dieser Bestimmung bedienen, um den Freispruch zu erwirken. Solche Fälle sind für den Juristen und für den Psychiater, die ja auch im Stück eine Hauptrolle spielen, von hohem Interesse, allein von einer tragischen Schuld und einer Tragödie kann um so weniger die Rede sein, je mehr die eigene Verantwortlichkeit der ins Unglück geratenden Personen ausgeschlossen ist. Wo die Zurechnungsfähigkeit der handelnden Personen aufhört, hört auch unser inneres Miterleben mit ihnen auf. Wir bedauern sie höchstens, wie man einen Kranken bedauert. Der gesunde Menschenverstand sträubt sich dagegen, einen ganzen Abend lang den Gedankengängen eines Mannes zu folgen, bei dem, wie man zu sagen pflegt, eine Schraube los ist, mögen diese Gedankengänge auch mit wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit bloßgelegt sein.

Die im allgemeinen vortreffliche Darstellung, die unter Herrn Direktor Haßkerls Leitung stand, vermochte zwar nicht, die angedeuteten Schwächen des Stückes auszugleichen, wohl aber einen starken Beifallserfolg zu erzielen. Besonders Herr Wiesner, der als Psychiater auftrat, wurde lebhaft gefeiert. Herr Marschall gab ein scharf umrissenes Bild des nervös überreizten und erblich belasteten Staatsanwalts, der selbst zum Verbrecher wird. Fräulein Molnar verkörperte eindrucksvoll seine besorgte Gattin.

—ill.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 6. März 1919.

— **Verordnung über die Versetzung von Beamten in den Ruhestand.** Die Preußische Regierung hat eine Verordnung über die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand erlassen. Paragraph 1 bestimmt, daß Staatsbeamte, die infolge von Umbildung von Staatsbehörden nicht mehr verwendet werden können, einstweilen unter Bewilligung des gesetzlichen Wartegeldes in den Ruhestand versetzt werden. Sie erhalten als Wartegeld während eines Zeitraumes von fünf Jahren den vollen Betrag, nach Ablauf des fünfjährigen Zeitraums aber $^{3}/_{4}$ ihres ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens. — Nach Paragraph 2 haben die auf Kündigung angestellten Beamten Wartegeld nur zu beanspruchen, bis zu dem Zeitpunkt, da die Kündigung zuläßig wäre. Für die spätere Zeit kann ihnen ein Wartegeld bis auf die Höhe des gesetzmäßigen Ruhegehalts bewilligt werden. — Außer den in Paragraph 1 genannten Beamten können nach Paragraph 3 jederzeit in den Ruhestand versetzt werden: Unterstaatssekretäre, Ministerialdirektoren, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Beamte der Staatsanwaltschaft, Vorsteher staatlicher Polizeibehörden, Landräte, Gesandte und andere diplomatische Agenten. Paragraphen 4 und 5 erhalten Bestimmungen über die Auszahlung des Wartegeldes. — Paragraphen 6, 7 und 8 besprechen die Verpflichtung der Beamten zur Uebernahme eines anderen Staatsamtes und enthalten nähere Bestimmungen dazu. — Paragraph 9 bestimmt, daß der Bezug des Wartegeldes aufhört, wenn der Beamte wieder eingestellt wird, seine preußische Staatsangehörigkeit verliert, er ohne Genehmigung seinen Wohnsitz außerhalb Deutschlands nimmt, aus dem Staatsdienst ausscheidet oder des Wartegeldes gemäß Paragraphen 6, 7 und 8 verlustig erklärt wird. — Paragraphen 10, 11 und 12 enthalten Einzelheiten über das Ruhen, die Einziehung, Kürzung oder Wiedergewährung des Wartegeldes und über die für seine Bewilligung zuständige Stelle. — Im Paragraph 13 wird bestimmt, daß Staatsbeamte, die bis zum 31. 12. 1920 nach zehnjähriger Dienstzeit infolge Umgestaltung des Staatswesens um Versetzung in den Ruhestand nachsuchen auch ohne eingetretene Dienstunfähigkeit oder Vollendung des 65. Lebensjahres Anspruch auf Ruhegehalt haben. Es beträgt ohne Rücksicht auf die Zahl der Dienstjahre $^{45}/_{60}$ ihres ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens. — Nach Paragraph 14 findet das Gesetz Anwendung auf die Landgendarmerie. Dies Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft. Die bereits in den Ruhestand versetzten Beamten erhalten neu festzusetzende Wartegelder.

— **Regelung des Reiseverkehrs über die Ostgrenze.** Ausreisegenehmigung über die Ostgrenze und in das zurzeit von den Polen besetzte Gebiet des deutschen Reiches wird nach Mitteilung des Kriegsministeriums bis auf weiteres grundsätzlich nicht mehr erteilt. In dringenden Fällen, in denen ein besonderes Staatsinteresse die Ausreise über die Ostgrenze erfordert, kann ein Gesuch im Zivilinstanzenweg dem Auswärtigen Amt (Paßstelle) zugeleitet werden. Entlassene Militärpersonen werden wie Zivilpersonen behandelt.

— **Deutsche Kriegergräber.** Alle Gräberaufnahmestellen an der ehemaligen Front und in den besetzten Gebieten sind aufgelöst. Das ganze Gräberaktenmaterial ist vom Kriegsministerium, Zentralnachweise-Büro, Berlin N. W. 7, Dorotheenstraße 48, übernommen. Anfragen in Gräberangelegenheiten sind daher an diese Stelle zu richten. Zur Vermeidung von Verzögerungen ist in den Gesuchen die letzte Feldadresse der Gefallenen anzugeben. Auskünfte und Vermittelungen von Lageplänen, Skizzen und Grabphotographien sind kostenlos.

— **Der Evangelische Bund** hielt am Dienstag, den 4. März, im Thorner Hof seine Hauptversammlung ab. Nachdem der Schriftführer den Jahresbericht verlesen hatte, erstattete der Schatzmeister die Rechnungslegung für 1918. Diese schloß ab mit 1859.33 Mk. Einnahme und 1859.33 Ausgabe. Die mit Ablauf des Jahres ausscheidenden Vorstandsmitglieder, die Herren Waubke, Lic. Freytag, Krefeld, Lange, Menzel, Mittag und Raapke, wurden durch Zuruf wiedergewählt. Als Ersatzmann für Herrn Pfarrer Arndt wurde Herr Rektor Krüger in den Vorstand gewählt. Ferner wurde beschlossen, am Sonntag, dem 23. März, nachmittags 5 Uhr eine Festversammlung in der Neustädtischen Kirche zu veranstalten.

— **Im Thorner Bürgerausschuß** wurde u. a. die Frage erörtert, ob auch in Thorn die Bürgerschaft zu einem Gegenstreik greifen müßte, falls die hiesige Arbeiterschaft in den

Gesamtausstand treten würde. Die Versammlung sprach sich für die Vorbereitung bürgerlicher Abwehrmaßnahmen aus. Ausführlicherer Bericht folgt.

— **Versammlung der Büroangestellten.** Wie aus dem Anzeigeteil ersichtlich, hält der Verband der Büroangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Thorn am Freitag, dem 7. März im Maurer-Amtshaus seine Monatsversammlung ab.

— **Die veränderte soziale Lage der Hausgehilfinnen.** Durch die Revolution ist auch die Frage der sozialen Stellung der Hausgehilfinnen, die man vor noch nicht zu langer Zeit mit dem Namen Dienstmädchen zu bezeichnen pflegte, mehr in den Vordergrund getreten, und es ist die Zeit nicht fern, da die Vorkämpfer der Frauenbewegung in diesem Punkte ihre früher stets vergeblich verfochtenen Ideale der Besserstellung der Dienstboten in Erfüllung gehen sehen. Diese Ueberzeugung wird sich wohl jedem aufgedrängt haben, der gestern nachmittag im Tivolisaale Herrn Professor Semraus Ausführungen über die veränderte soziale Lage der Hausgehilfinnen mit Aufmerksamkeit verfolgte. In der Entwicklung seines Vortrags ging der Redner von dem zuerst von Karl Marx aufgestellten psychologischen Gesetz aus, daß die ökonomische Lage des Einzelnen sein Denken bestimmt, um daran einen kurzen Ueberblick über die Geschichte der Hausangestelltenbewegung zu knüpfen. Im Jahre 1896 wurde zum ersten Male in Wien der Versuch gemacht, die weiblichen Hausangestellten zu organisieren. Der Versuch scheiterte. 1899 wurde dann in Berlin der Hilfs-Verein für weibliche Hausangestellte und im Jahre 1900 der Verein für Dienstherrschaften und Dienstangestellte gegründet. Einige Jahre später wurde auch in Thorn vom Verein Frauenwohl der Versuch unternommen, einen die Interessen der Hausangestellten vertretenden Verein ins Leben zu rufen. Man wählte zu diesem Zwecke eine Abordnung, die die Frage weiter behandeln sollte. Aber diese Behandlung der Frage scheiterte an dem Widerstande der meisten Mitglieder der Kommission, sodaß der ganze Versuch fehlschlug. Die bürgerliche Frauenbewegung hat sich nicht nur in Thorn, sondern allgemein der Dienstbotenbewegung gegenüber ablehnend verhalten. 1906 wandten sich die Sozialisten zum ersten Male der Dienstbotenbewegung zu, die ein Jahr später 1907 in Hamburg zentralisiert wurde. Durch die christlichen Gewerkschaften angeregt, nahm sich dann seit 1907 auch die Kirche der Dienstbotenbewegung an, sowohl die katholische wie die evangelische. Die Revolution 1918 hat die soziale Lage der Hausangestellten mit einem Schlage verändert. In Bayern wurde die strafpolizeiliche Gesindeordnung und in Preußen die vom Jahre 1810 aufgehoben, gegen die anzukämpfen die Frauenbewegung unermüdlich, aber stets vergeblich bestrebt war. Der Redner gab sodann einige Richtlinien bekannt, nach denen die Förderung der Interessen der Hausangestellten behandelt werden muß. Das persönliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer richtet sich danach in erster Linie nach der Herzens- und Charakterbildung der Arbeitgeber. Während man vor Jahrzehnten die weiblichen Hausangestellten zu duzen pflegte, ist man heute schon dazu übergegangen, sie mit Fräulein anzureden. Die Bezeichnung „Dienstmädchen" muß verschwinden und ist am besten durch „Hausgehilfinnen" zu ersetzen. Die Wohnungsverhältnisse der Hausangestellten lassen auch in Thorn viel zu wünschen übrig. Ich stelle daher die alte Forderung auf, daß Wohnungsinspektoren und -Inspektorinnen angestellt werden, die die Unterkunftsräume der Hausangestellten einer Besichtigung unterziehen. Die Arbeitszeit deren Begrenzung 1900 vom Pariser Frauen-Kongreß abgelehnt wurde, bedarf dringend der Regelung. Kurz vor dem Kriege haben einige Vereine ein häusliches Arbeitsrecht ausgearbeitet, in dem folgende Forderungen aufgestellt sind: eineinhalb Stunden Arbeitspause zum Einnehmen der Mahlzeiten und 1 Stunde Ruhepause, wöchentlich eine Freizeit von 3 Stunden, die Arbeitszeit ist abends 9 Uhr zu beendigen, außerordentliche Leistungen nach 9 Uhr werden als Ueberstunden angesehen und bezahlt die Nachtruhe darf 8 Stunden nicht untersteigen, Ermöglichung des Besuchs des sonntäglichen Gottesdienstes, alle 14 Tage Ausgangszeit von mindestens 6 Stunden, nach einjähriger Dienstzeit Urlaub von 8 Tagen. In Bayern hat das vorläufige Hausarbeiterrecht, das eine 10stündige Arbeitszeit und 9stündige Nachtruhe vorsieht, bereits Gesetzeskraft erhalten. In Hamburg soll die Arbeitszeit in die Stunden von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends fallen. Davon gehen ab 2 Stunden Mittagspause u. 1 Stunde für die andern Mahlzeiten, sodaß auch hier die Höchstgrenze der Arbeitszeit 10 Stunden beträgt. Ueberstunden sind mit 1 Mark, nach 10 Uhr mit 1,50 Mark zu zahlen. Für den Ausfall eines freien Ausgangstages sind 5 Mark als Entschädigung zu vergüten. Professor Semrau schlägt folgenden Arbeitsplan vor: Arbeitszeit von 6—8 Uhr abzüglich eineinhalb Stunden für Mahlzeiten und täglich zweieinhalb Stunden Freizeit, die am besten von 4 bis einhalb sieben Uhr erteilt wird, Mittwoch Ausgang von einhalb drei Uhr bis einhalb sieben Uhr, jeder Sonntag Nachmittag ist frei. Man wird den Forderungen der Hausangestellten, um die Entwicklung in angenehme Bahnen zu lenken, klugerweise entgegenkommen müssen. In Zukunft wird sich das Verhältnis aufgrund des freien Arbeitsvertrages regeln. Die Höhe des Arbeitslohnes ist ganz verschieden. In Thorn zahlt man z. Zt. für eine Hausgehilfin bis zu 18 Jahren durchschnittlich monatlich 18 bis 20 Mark, für ältere 25 bis 40 Mk. und darüber. Die Prüfung der Löhne ist ein dringendes Erfordernis der Zeit. Es ist Aufgabe des paritätischen Arbeitsnachweises, eine gründliche Lohnstatistik auszuarbeiten, ohne die eine feste Grundlage zur Regelung der Löhne nicht geschaffen werden kann. Die Unsitte des Trinkgeldgebens, das für den Empfänger etwas Entwürdigendes haben muß, soll aufgehoben werden. Für den Dienstvertrag kommen gegenwärtig in Preußen lediglich die Bestimmungen des B.G.B in Betracht und zwar die §§ 611—30. Dienstbücher dürfen nicht mehr geführt werden. Für gewöhnlich sind den Hausarbeitern nur Arbeitsbescheinigungen auszustellen. Nur auf besonderen Wunsch ist darin ein Vermerk über Führung und Tüchtigkeit aufzunehmen. Für die Fortbildung der Hausangestellten ist bisher wenig getan worden. Es wird daher die Forderung aufgestellt, für die sich die Frauenbewegung von jeher eingesetzt hat, den hauswirtschaftlichen Unterricht als Pflichtfortbildungsunterricht einzuführen, und zwar für alle schulentlassene junge Mädchen bis zum 18. Lebensjahr. Die Bezahlung der Stundenfrauen (Aufwärterinnen) weist ebenfalls große Unterschiede auf. Die Notlage aller derjenigen Familien zu beheben, die wirtschaftlich nicht in der Lage sind, sich festangestellte Hausgehilfinnen zu halten, der Arbeiter, vieler Gewerbetreibenden und Beamten, werden zweierlei Maßnahmen für die Zukunft vorgeschlagen: 1. eine straffere Organisation der Stundenarbeiterinnen, 2. ein Ausbau der sozialen Fürsorge (Ausbau der Kindergärten, Hauspflege, Einküchenhäuser). Solange es fest angestellte Hausarbeiter gibt, ist es Pflicht der Sozialpolitik, sich mit der Lage dieses Standes zu befassen und ein erträgliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen. Von den Mitgliedern der Demokratischen Partei darf erwartet werden, daß sie auch ihrerseits der veränderten Lage der Hausangestellten Rechnung tragen. — Fräulein Stachowitz dankte darauf namens der Deutschen demokratischen Partei dem Redner für die erschöpfende Behandlung des Themas und eröffnete die Aussprache, in der auch andere Anschauungen über die Frage der Hausangestellten vorgebracht wurden. So hielt u. a. Herr Silberpfennig die Besserstellung der Hausangestellten im Vergleich zu früher für selbstverständlich, doch seien die Forderungen, wie sie Herr Professor Semrau entwickelt habe, entschieden zu weitgehend. Gewiß wolle man die demokratischen Grundsätze auch den Hausangestellten gegenüber in Anwendung bringen, besonders im persönlichen Verkehr mit ihnen. Bei den vom Vorredner entwickelten Richtlinien laufe man aber Gefahr, ein umgekehrtes Verhältnis herbei zu führen, indem die Dame des Hauses und die Angestellte mit vertauschten Rollen spielen. Die Hausfrau würde dadurch nur allzu leicht zu einer Hausangestellten herabgewürdigt. Vielmehr erstrebenswert erscheine die sittliche Ertüchtigung der Hausangestellten, denen man nur immer die Pflichten der Hausfrau gegenüber den Angestellten predige, aber niemals die Pflichten, die diese gegenüber der Hausfrau haben. Professor Semrau wies darauf hin, daß seine wesentlichen Forderungen in der Frage der Hausangestellten nicht von ihm aufgestellt, sondern in Bayern schon Gesetz seien. Gegen die Ausführungen des Herrn Silberpfennig wandte sich ganz entschieden Frau Bürgermeister Stachowitz, die den Standpunkt vertrat, daß man die soziale Lage der Hausgehilfinnen im Sinne des Vortragenden bessern müsse. Die Versammlung wurde nach längerer Aussprache von der Vorsitzenden, Fräulein Stachowitz, unter Worten des Dankes für das Erscheinen der Mitglieder und eingeführten Gäste geschlossen.

— **Ueber die jüngsten Ereignisse in Thorn.** Auf Veranlassung des Herrn Gouverneurs fand gestern Nachmittag eine Verhandlung im Rathaus statt, zu der Vertreter der Stadt, des Landratsamts, des Arbeiterrats, der politischen Vereine, der Garnisonsoldatenrat, die Kommandeure der Thorner Regimenter und selbständiger Battaillone mit ihren Soldatenräten erschienen waren. Der Gouverneur dankte den Anwesenden für ihr Kommen und betonte, daß er nicht als Vertreter einer Macht spreche, sondern lediglich aus menschlichen Gründen zu dieser Besprechung gebeten habe. Dann ging er ausführlich auf die Ereignisse der letzten Tage ein, legte klar, daß ihm die ganzen beabsichtigten Putsche jeweils rechtzeitig bekanntgeworden waren und er dadurch in der Lage war, vorhergehende Maßnahmen zu treffen, auf Grund derer Blutvergießen verhütet werden konnte. Besonders ausführlich schilderte der Gouverneur die Lage in der Nacht vom 4. zum 5., wo Thorn nur durch die den Aufrührern durch die Alarmsirenen bekanntgegebene Warnung vor großem Blutvergießen bewahrt geblieben ist. Nach Beendigung seiner Rede bat der Gouverneur, etwaige Anfragen oder Wünsche an ihn zu richten, er sei zu jeder Auskunfterteilung bereit. Da keiner der Anwesenden sich zum Worte meldete, dankte Herr Bürgermeister Stachowitz im Namen der Stadt und der Versammelten dem Gouverneur für die getroffenen wohlüberlegten Maßnahmen und sprach die Hoffnung aus, daß es dem Gouverneur auch fernerhin gelingen möge, durch vorbeugende Maßnahmen Thorn vor Unglück zu bewahren. — Der Gouverneur wies dann nochmals kurz darauf hin, daß es sein Bestreben sei, soweit als möglich Blutvergießen zu vermeiden, er könne aber nicht die Truppen ad infinitum in Alarmbereitschaft erhalten und wenn er mal zu spät oder garnicht von beabsichtigten Putschen erfahre, so griffen die Truppen automatisch ein; ob sich dann noch ein Kampf vermeiden ließe, erschiene sehr fraglich, und es wäre zu befürchten, daß dann sehr viel Blut vergossen würde. Er bat deshalb alle Versammelten, jeder möge in seinem Kreise für Ruhe und Ordnung sorgen und von Demonstrationen jeglicher Art abraten, sondern Wünsche oder Beschwerden auf dem ordnungsmäßigen Wege der Verhandlung zur Sprache zu bringen.

— **Einer zweiten Operation unterzogen** wurde der am letzten Freitag durch Schüsse in den Unterleib schwer verwundete Vizefeldwebel Folger. Sein Zustand ist bedenklich.

---

h **Culmsee.** Viehzählung. Das Vieh nimmt in unserem Stadtbezirk an Zahl ab, was die Zählung am 1. März beweist. Nach dieser Zählung befinden sich in 844 viehhaltenden Haushaltungen: 298 Pferde, 457 Rinder, 64 Schafe, 785 Schweine, 399 Ziegen, 368 Kaninchen und 3046 Stück Geflügl. — Der Arbeiterrat hat an den Magistrat eine Eingabe gemacht, in der er um Aufnahme des Volksschulunterrichts ersucht. Weil aber die Schulen mit Militär belegt sind, konnte dem Ersuchen nicht Folge geleistet werden. Bei Haussuchungen wurde wieder bei einem Polen ein Infanteriegewehr und bei einem zweiten eine Menge Munition gefunden und beschlagnahmt. Dadurch wird die Lage der friedlich gesinnten Culmseer Bevölkerung nicht verbessert, sondern verschlechtert.

h **Schönsee.** Einbruch. In der vorletzten Nacht brachen Diebe in den Keller des Schulhauses zu Bielsk ein und stahlen dem Lehrer H. das kürzlich eingeschlachtete Schwein nebst zwei Tischtüchern, welche über die Pökelgefäße gedeckt waren, und eine Anzahl Flaschen Wein. Der Verlust beläuft sich auf wenigstens 600 Mark. Bedauerlicherweise lehnte der Besitzer des Polizeihundes in Rudak es ab, mit demselben zur Verfolgung der Diebesspuren zu kommen.

x **Culm.** Einen harten Kampf mit Einbrechern hatte der Besitzer Filarski in Niederausmaß (Kreis Culm). Durch ein Geräusch aus dem Schlafe geschreckt, eilte er hinaus und gewahrte an seinen Stallungen mehrere Männer. Um sie zu verscheuchen, feuerte er einen Schreckschuß ab. Die Einbrecher ließen sich dadurch nicht einschüchtern, sondern erwiderten das Feuer und gaben auf den Besitzer etwa 15 Schüsse ab. Inzwischen versuchten einige Männer, die Pferde im Stalle abzukoppeln. Erst durch hinzueilende Nachbarn, die infolge der Schießerei herbeigerufen waren, wurden die Einbrecher verscheucht und entkamen unerkannt. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu danken, daß der Besitzer heil davongekommen ist.

Tuchel. Eine bewaffnete Räuberbande in Uniform hat im Kreise Tuchel sechs Raubüberfälle ausgeführt. Ueberfallen wurden von ihr ausschließlich einsame Gehöfte, darunter eine Oberförsterei und eine Försterei. Außer reicher Beute sind den Räubern über 12 000 Mk. bares Geld in die Hände gefallen. Es gelang, zwei Mitglieder der Bande, darunter den Anführer, auf dem Konitzer Bahnhof festzunehmen. Der Anführer ist der ehemalige Feldgendarm Rehfeld (!)

Lötzen. Spartakistische Unruhen. In Lötzen kam s Freitag zu Unruhen, die leicht einen bedrohlichen Charakter hätten annehmen können, aber durch die energische Haltung der regierungstreuen Truppen wurde die Bewegung die bis in die späteren Abendstunden andauerte, niedergehalten. Das Schloß wurde von den Aufrührern mit Gasgranaten beschossen, doch ist nur geringer Materialschaden angerichtet. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 7. März 1919.

St. Georgenkirche. Abends 6 Uhr: Betstunde. Herr Pfarrer Heuer.

Standesamt Thorn.

Vom 3. bis 5. März 1919.

Sterbefälle: Kantinenpächterfrau Rosalie Serotzki geb. Triankowski 39 Jahre 4 Mon. Seminarist Maximilian Noak 18 J. 4 Mon. Maurergeselle Theodor Firalski 46 J. 4 M. Johann Kozlowski 1 J. 4 Mon. Rentier Daniel Wendt 77 J. 5 M. Obersekundaner Karl Brischke 16 J. 6 Mon. Stickerin Anna Wencelowski 34 J. 2 Mon. Etatsmäßiger Bautechniker Utffz. Kasimir Blaszkiewicz 24 J. 1 M. Bernadetta Zielinski 2 J. 11 M. Musk. Schneider Franz Czarorotta 27 J. 1 M. Arbeiterfrau Ida Ellerbeck geb. Krüger 57 J. 2 Mon. Rentierfrau Emilie Mielke geborene Liebelt 68 J. 2 Mon.

Standesamt Thorn-Mocker.

Vom 22. Februar bis 5. März 1919.

Sterbefälle: Berta Meyer geb. Schulz 30 J. Invalide Franz Piontek 79 J. Johann Zielinski 5 M. Elfriede Hiller 2 Tage. Walter Heinrich 14 J. Arbeiterwitwe Christine Hildebrandt geb. Hube 79 J. Arbeiter Karl Kietschke 39 J. Vizefeldwebelfrau Anna Ida Berta Krössin 24 J. Totgeburt. Bernhard Folborski 14 Tage. Karoline Wilhelmine Lüdemann geb. Buchholz 52 J. Irmgard Kremin 1 Mon. Füsilier Brauereiarbeiter Josef Katlewski 21 J. Téofila Mankiewicz geb. Piotrowski 30 J. Arbeiter Michael Karpinski 49 J.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräulein Wanda Ledwochowski mit Herrn Matis Poth, Thorn; Frl. Lotte Werle, Zlotterie mit Herrn Unteroffizier W. Albert Garwe, Nitzlin Kr. Schlawe; Fräulein Emma Koslowski, Soldau mit Herrn Rudolf Strub, Thorn; Frl. Frida Rindt, Podwitz mit Herrn Theo Kutz, Oldenburg; Frl. Veronika Przybalski mit Herrn Wladislaus Sadetzki, Thorn-Mocker.

Fleischverkauf.

Zufolge ungenügender Anlieferung von Schlachtvieh gelangt in der laufenden Woche

Gefrier-Rindfleisch

zur Ausgabe.

Die Wochenmenge beträgt 200 Gramm Fleisch mit eingewachsenen Knochen oder 160 Gramm Fleisch ohne Knochen auf eine ganze Fleischkarte, auf eine Kinderkarte die Hälfte.

Der Ladenpreis beträgt für Gefrier-Rindfleisch:

	für 1 Pfd.
Keule (Oberschale, Schwanzstück, Kugelstück, Rückenstück)	2.60 Mk.
Schulterstück (Schulter, Kamm, Brust, Spannrippe) . .	2 20 „
Bauch (Dünnung), Hals, Hesse, Niere	2.00 „
Gemahlenes Rindfleisch	2.80 „

Thorn, den 5. März 1919.

Der Magistrat. **Der Arbeiterrat.**

Provisions-Vertreter (innen)

in Stadt und Dorf zum Besuche von Präparaten für leicht verkäufl., elektro gesundheitstechn. Artikel gesucht. Preis Mark 30.— Beseitigt Kohlennot. Jeder, der elektr. Anschluß hat, ist Käufer. — Angenehme Tätigkeit, gut. Verdienst, bis Mk. 50.— tägl.

Muster-Apparat zur Verfügung.

Für Export einstw. über Schweiz, Holland, Skandinavien Generalvertreter gesucht. Eilangebote bef. **Haasenstein & Vogler, A.-G. Cöln** unter **P. N 788.**

In das Handelsregister Abteilung B ist bei der Firma **Adolf Krause & Co.** Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Thorn eingetragen worden:

Der Kaufmann **Johannes Schirkowski** in Thorn-Mocker ist zum Geschäftsführer bestellt. Seine Prokura ist damit erloschen.

Thorn, den 11. Februar 1919.

Amtsgericht.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Oskar Schlee Nachf.**, Inhaber Kaufmann **Willi Simon** in Thorn, Mellienstraße Nr. 81, wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 21. Dezember 1918 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 21. Dezember 1918 bestätigt ist, hierdurch aufgehoben.

Thorn, den 27. Februar 1919.

Das Amtsgericht.

Die Geschäftsstelle des

deutschen Offiziersbundes

(Ortsgruppe Thorn)

ist an das Fernsprechnetz angeschlossen worden.

Fernruf 1441.

Meine Sprechstunden

beginnen jetzt um 11 Uhr.

11—1 Uhr, 4—6 Uhr.

Bestrahlungen von 10 Uhr ab durchgehend bis 5 Uhr.

Sonntags Sprechstunden nur nach Verabredung von 11—12 Uhr.

Dr. W. Lüth.

Lehrlinge

für meine Bildhauerei und Kunststeinfabrik werden eingestellt.

A. Irmer.

Wir suchen

zum sofortigen Antritt für die Abteilung **Herrenartikel**

eine tüchtige, gewandte

Verkäuferin

der polnischen Sprache mächtig.

Persönliche Vorstellung erwünscht.

S. Schendel & Sandelowsky.

Best empfohlenes

Hausmädchen

für deutschen Haushalt von sogleich gesucht.

Angebote unt. **E. T. 330** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Für kinderlosen Haushalt in Thorn besseres, zuverlässiges

Mädchen,

etwas kochen erwünscht, zum 1. April gesucht.

Angebote unter **P. R. 326** an die Geschäftsstelle der Th. Ztg.

---

1 Paar Damengummischuhe

Größe 7, zu verkaufen. Zu erfragen in der Thorner Zeitung.

---

3 m Blusen-Spachtelstoff

und

Rodelschlitten (zweisitzig)

zu verkaufen

Parkstraße 29 III, r.

Eine gute Geige

mit Kasten für 100 Mark zu verkaufen. Anfragen unter **J 5 5** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gelegenheitskauf:

2 Bettstellen mit 2 Sprungfedermatratzen, 2 Roßhaarmatratzen, 2 Keilkissen preiswert zu verkaufen

Brombergerstraße 35 a, 1.

Zur Ansicht von 10—1 Uhr.

Neue und guterhaltene Damen-Garderoben, Hüte, Kinderbadewanne u. Küchen-Sachen verkäuflich.

Zu erfragen **Altstädt. Markt 26,** Zigarrengeschäft.

Ein fast neuer, eleganter

Sportliegewagen

auf Gummirädern wird zu kaufen gesucht.

Angeb. unter **W. K. 100** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Nähmaschinen

unter Garantie verkauft

G. Brückmann, Thorn, Schloßstr. 14, 2.

Ein Aktenschrank

Größe 2,50 m, Breite 2 m, zu verkaufen. Angebote an S. Kuznitzky & Co., Friedrichstraße 8.

Frühbeetfenster

aus bestem $4^1/_2$ cm starkem Kiefernholz 1,56×0,94 und 1,50×1,00 m groß mit 2 Sp. à 7 Mark, 3 Sp. à 8 Mark, unverglast, sowie zugeschnittenes Gartenglas, Glaserkitt und Glaserdiamanten offeriert **A. Heyer**, Frühbeetfensterfabrik, Graudenz.

Polnisch

Grammatik, Konversation erteilt einzeln u. in Zirkeln exam. Lehrerin. Ang. u. Nr. 325 an die Gesch. d. Ztg.

Meine Wohnung

befindet sich jetzt

Brombergerstraße 39,

Erdgeschoß.

Sprechstunden

halte ich von Donnerstag, den 6. März 1919, wie bisher ab.

Dr. med. Goederblom, prakt. Arzt.

Kranken Frauen

und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem langjährigen Frauenleiden (Weissfluss) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten. Frau **Marie Bessel**, Berlin 11 Hallesche Str. 23.

Sozialdemokratische Partei Thorn.

Jugend-Versammlung

am Freitag, den 7. März, abends 6 Uhr

im Lokal des Herrn Rüster, Mocker, Graudenzerstraße.

Tagesordnung:

1. **Die Jugend, unsere Zukunft.**
2. Freie Aussprache.

Alle Lehrlinge, Lehrmädchen, junge Arbeiter und Arbeiterinnen, auch alle Freunde der Jugend sind willkommen.

Die Versammlung ist vom Gouvernement genehmigt. **Der Vorstand.**

Deutsche demokratische Partei.

Oeffentliche Versammlungen

am Sonntag, den 9. März 1919,

nachmittags 3 Uhr im Dorfkrug (Buchholtz) zu Neubruch und

um 6 Uhr

im Oberkrug (Wicknig) zu Pensau.

Tagesordnung:

„Demokratie und Land."

Redner: Herr Hackbarth-Gramtschen.

Freie Aussprache.

Alle Parteimitglieder und Freunde unserer Sache in Neubruch, Pensau, Guttau, Schmolln und Breitenthal werden besonders hierzu eingeladen. Vollzähliges Erscheinen erwünscht und notwendig.

Der Vorstand der D. D. P. Thorn.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Die weiblichen Jugendgruppen von Thorn und Podgorz

veranstalten am Sonntag, den 9. März, nachmittags 5 Uhr, in Podgorz im Kronprinzensaal einen

musikalischen Unterhaltungs-Abend.

Freunde unserer Partei sind herzlich eingeladen. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind an der Kasse zu haben. **Der Vorstand.**

Unsere Verkaufsräume

sind geöffnet:

Monat März bis nachm. 5 Uhr

Vom 1. April ab bis nachm. 6 Uhr

Verband deutscher Textil-Geschäfte.

Passbilder

werden nach wie vor schnellstens und vorschriftsmäßig im

Photographischen Atelier „Tipp-Topp" Wollmarkt

angefertigt. **Jaeschke**, Photograph.

Zu äusserst günstigen Preisen sofort ab unserm Lager lieferbar:

Maschinenöl-Destillate

Prima Motoren-Sattdampf und Heißdampf **Cylinderöle**

Deutsche Rückstands- und Teerfettöle

Maschinen-, Wagen-, Leder- und Huffette, ferner sämtl. technische Bedarfsartikel

Maschinenabteilung der Ueberlandzentrale Westpreußen G. m. b. H.

Marienwerder Wpr. Fernruf 370/75.

Geld gegen monatliche Rückzahlung verleiht R. Calderarow, Hamburg 5. — Tüchtige Vermittler gesucht. —

Ein Wandbehang

blau gestickt (Handarbeit), sowie ein

braunseidener Hut

billig zu verk. Gerstenstr. 14, 2 Tr. r.

Kleines Hausgrundstück

zu kaufen gesucht, am liebsten Bromberger oder Jakobsvorstadt. Gefl. Angebote unt. E. G. 329 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Frdl. möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension ab 1. April von Herrn gesucht. Ang. m. Preisang. u. Nr. 332 a. d. Geschst. d. Ztg.

Zentral-Theater.

Neustädtischer Markt 13.

Von Freitag bis Montag:

Kain.

3. Teil.

Filmdrama in 5 Akten. In der Hauptrolle Erich Kaiser Titz.

Der verheiratete Junggeselle.

Lustspiel in 3 Akten. In der Hauptrolle Lya Ley.

Odeon-Lichtspiele

Gerechtestraße 3

Täglich von 2 Uhr geöffnet.

Von Freitag bis Montag, den 10. März 1919:

Der Stier von Saldanka

24. Abenteuer von Stuart Webbs in 4 Akten.

Hauptdarsteller Carl Costa	Willy Kaiser
Maria, seine Tochter	Eva Everth
Don Reins	Ernst Laskowski
Fernandes Delmer	A. v. Horn
Jenes	Frau Weimar
Stuart Webbs	— **Ernst Reiher** —

Nonne und Harlekin.

Schauspiel in 4 Akten.

In der Hauptrolle die berühmte polnische Schauspielerin **Lya Mara** aus Warschau.

Metropol-Theater

Friedrichstraße 7.

Täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Von Freitag bis Montag, den 10. März 1919:

Keimendes Leben.

1. Teil, 6 Akte.

Ein Kultur-Dokument. Spieldauer 2 Stunden Filmlänge 2300 Meter. Nordischer Kunstfilm. **Dargestellt von erstkl. Schauspielern.**

Die Testamentheirat.

Lustspiel in 3 Akten. Hauptrolle Paulchen Heidenau. Emmy Wyda, Frau von Bülow, Carl Neißer.

Sonntag, 9. März v. $1/_2$ 2—4 Uhr: Kindervorstellung.

NB. Auf Wunsch vieler Besucher, welche wegen Ueberfüllung keinen Eintritt erhielten, wird der große sehenswerte Kulturfilm „Keimendes Leben" noch von Freitag, den 7. bis Montag, den 10. März, nur im „Metropoltheater", Friedrichstraße 7, vorgeführt. Die Fortsetzung des Films „Keimendes Leben", 2. Teil, erfolgt in ca 3—4 Wochen.

Konzerthaus

früher **Dreimäderlhaus**, Coppernicusstraße 26.

Täglich: **Alexander Brinken**

der berühmte Helden-Bariton. Außerdem: die übrigen erstklassigen

Kunstkräfte.

Anfang 5 Uhr.

Gute Weine. Bestgepflegte Biere. Gemütlichster Aufenthalt.

Deutsch-nationale Volks-Partei.

(Weibliche Jugendgruppe.)

Am Freitag, den 7. d. Mts., $5^1/_2$ Uhr, bei Dylewski:

Reigen-Uebung.

Der Vorstand.

Lämmchen

„Kleinkunstbühne"

Gerechtestr. 3.

Anfang 5 Uhr:

Der neue März-Spielplan.

Nach Schluß der Vorstellung

gemütl. Beisammensein

in den hinteren Räumen bis 9 Uhr.

Eintritt frei!

Stadt-Theater

Freitag, den 7. März, $5^1/_2$ Uhr: Zum 4. Male!

„Die Faschingsfee".

Sonnabend, 8. März, 6 Uhr: Ermäßigte Preise! Neu einstudiert!

„Flachsmann als Erzieher".

Sonntag, 9. März, nachm. 2 Uhr: Ermäßigte Preise! Zum 9. Male!

„Hannerl".

Abends $5^1/_2$ Uhr: Zum 5. Male!

„Die Faschingsfee".

Synagogale Nachrichten.

Freitag Abendgottesdienst 5 Uhr 30 Minuten.

Sonnabend Frühgottesdienst $7^1/_2$ Uhr, Hauptgottesdienst 10 Uhr, Abendgottesdienst 6.17 Uhr.

Morgengottesdienst an den Wochentagen $6^3/_4$ Uhr, Abendgottesdienst 5 Uhr 30 Minuten.